

TAGUNG
„Leipziger Dialog:
Demokratie in Schule, Hochschule und beruflicher Ausbildung“
Leipzig, 25.06.2011
DOKUMENTATION

Stand: 04.08.2011



Die Tagung wurde veranstaltet und finanziert von:



Inhalt

Auftakt: Thesen und Diskussion zum Demokratiebegriff.....	3
Workshop Demokratie in Schule: „Es geht nicht um Rezepte, sondern um Haltungen“	5
Workshop Hochschule und Demokratie: „Geht das überhaupt?“	8
Abschlussdiskussion und Resümee der Tagung	11
Demokratie in der Schule	11
Demokratisierung von Schulen	13
Was Hochschulen von Schulen lernen könnten.....	15
Hochschule und Demokratie.....	16
Demokratische Kompetenzen?.....	18
Anhang - FOTODOKUMENTATION	20
Organisationen, Kooperationspartner/innen und Projekte stellen sich vor... ..	20
Pinnwände Workshop: Schule und Demokratie	30
Pinnwände Workshop: Demokratie und Hochschule	35
Demokratiefisch.....	39

Auftakt: Thesen und Diskussion zum Demokratiebegriff

Am Samstag, den 25.06.2011, kamen von 9 bis 17 Uhr knapp 40 Teilnehmende im Neuen Seminargebäude der Universität Leipzig zu einer Tagung zusammen, die von Promotionsstipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit der KOWA Leipzig und der Courage-Werkstatt Leipzig ausgerichtet wurde.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Austausch über Demokratie und ein demokratisches Miteinander, das für (politische) Gleichheit steht sowie eine gleichberechtigte Mitbestimmung aller Menschen in der Regelung jener Angelegenheiten, von deren Auswirkungen sie betroffen sind.

Ziel der Tagung war es, Begrifflichkeiten von Demokratie zu reflektieren und anhand eigener Erfahrungen über Grenzen und Herausforderungen institutioneller Demokratisierung und laufenden Demokratisierungsprozessen ins Gespräch zu kommen.

Nach einer Einführung durch den Moderator Stefan Kausch lieferten Prof. Dr. Gert Pickel sowie Otto Herz einen thematischen Einstieg und regten zu Diskussionen an. Während Prof. Dr. Gert Pickel eine akademische Darstellung des Demokratiebegriffs als Staatsform vorstellte, ergänzte Otto Herz Demokratie als Lebensform zu verstehen: „Wie trage ich dazu bei – mit anderen zusammen, weil ich es alleine nicht hinreichend kann – Zipfel einer besseren Welt zu schaffen in der Hoffnung, dass diese Zipfel sich dann aus ihrem Nischendasein heraus in die Breite entwickeln, dass daraus eine bessere Welt für Alle wird.“

Die Weiterführung der Anstrengungen um Demokratisierung erscheint umso dringlicher, da errungene Fortschritte der Demokratisierung vermehrt zur Disposition stehen, z. B. die mit hochschulpolitischen Reformen einher gehenden Machtverschiebungen hin zu Präsident/innen und Hochschulräten sowie Diskussionen um eine „Ökonomisierung“ von Hochschulen. Dies zeigen die Stagnation bei der Ausweitung der Mitbestimmungsrechte in Betrieben sowie die Versuche, Arbeitnehmendenorganisation zu verhindern. Nicht zuletzt lassen das auch die mangelnden Demokratisierungsfortschritte in Schulen erkennen. Demokratisierungsprozesse waren und bleiben eine Herausforderung – in Politik und Gesellschaft wie in öffentlichen Institutionen von Schule und Hochschule sowie in der beruflichen Ausbildung.

In den beiden Workshops „Schule und Demokratie“ sowie „Hochschule und Demokratie“ wurden weiterführend Potentiale, Möglichkeiten und „Gelingensbedingungen“ zur Etablierung und Umsetzung demokratischer Praxen in Schule und Hochschule diskutiert. (Der ursprünglich vorgesehene Workshop „Berufliche Ausbildung und Demokratie“ musste aufgrund zu weniger Anmeldungen abgesagt werden.)

Workshop Demokratie in Schule: „Es geht nicht um Rezepte, sondern um Haltungen“



Welche positiven Erfahrungen mit dem Thema „Schule und Demokratie“ bringst du mit? Mit dieser Frage startete die Moderatorin Jetti Hahn vom Institut für Demokratieentwicklung in einen diskussionsfreudigen und anregenden Workshop. Erfahrungen mit Schule hat schließlich jede/r bereits gemacht. Die große Runde Teilnehmender versammelte eine Vielzahl von Perspektiven auf „die Schule“. Dabei gingen die persönlichen Erfahrungen weit über die eigene Schulzeit hinaus.

Die meisten der Anwesenden, darunter Lehramtsstudierende,

Erziehungswissenschaftler/innen und Sozialpädagog/innen, haben auch beruflich mit dem Bereich der schulischen Bildung zu tun.

In den Workshop sind die meisten mit der Frage gekommen, wie sich eine offene und demokratische Schulkultur im Alltag verwirklichen lässt. Die Suche nach den positiven Erfahrungen im eigenen Schulerleben stimmte dabei zunächst nachdenklich. Denn: Eine offene und beteiligungsorientierte Schulkultur kannten die Wenigsten aus dem eigenen Erleben.

Nach dieser biographischen Spurensuche stand die Frage nach den Gelingensbedingungen für eine demokratische Schulkultur im Zentrum des Workshops. Drei Lehrer/innen aus Freien Schulen standen hierfür zu unterschiedlichen Schwerpunkten Rede und Antwort.

Ines Philipp von der Freien Alternativschule Dresden gab einen Einblick in die innere Organisation einer Schule, die den Anspruch hat alle am Schulleben Beteiligten in Entscheidungs- und

Gestaltungsprozesse mit einzubeziehen. Auf Grundlage ihrer langjährigen Erfahrung skizzierte sie Probleme und Lösungsansätze im Umgang mit Hierarchien und Entscheidungsstrukturen. Dabei sei es wichtig, die etablierten Strukturen immer als Verhandlungsmasse zu betrachten. So gibt es selbstverständlich Regeln an der Freien Alternativschule, aber diese können immer auch in Frage gestellt und verändert werden.

In einer zweiten Diskussionsrunde wurde der Fokus auf die Lernprozesse der Schüler/innen gelegt. Wie kann interessengeleitetes Lernen im Schulalltag gelingen? Zu dieser Frage sprach Henrik Ebenbeck von der Freien Schule in Leipzig. Diese Schule stellt ein eindrucksvolles Beispiel dar, wie selbstbestimmtes Lernen gelingen kann. Ausgehend von der Annahme, dass Lernen zu den natürlichen Bedürfnissen eines jeden Menschen gehört, gestalten die Schüler/innen an der Freien Schule ihre Lernprozesse selbst. Sie entscheiden eigenständig wann, was und wie sie lernen möchten. Die Lehrer/innen begleiten und unterstützen die Schüler/innen in ihren individuellen Lernwegen. So kann jede/r Schüler/in mit eigenem Tempo und Lernstil an selbst gewählten Themen arbeiten. Grundlegend für diesen offenen Schulalltag, der die Bedürfnisse jedes Einzelnen respektiert, sind die vier Grundprinzipien der Schule: Respekt, Kommunikation, Freiheit und Vertrauen.

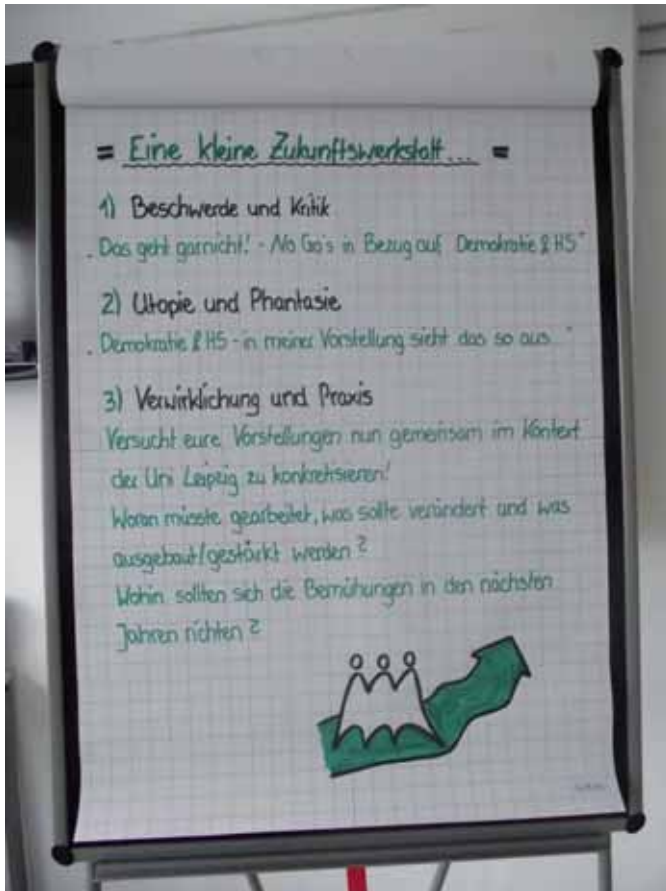
Wie wichtig die Beziehungsqualität zwischen Lehrenden und Schüler/innen für die Schulkultur ist, betonte auch Arno Lange von der Leonardo Schule in Jena. In einer dritten Gesprächsrunde thematisierte er die Voraussetzungen die Lehrer/innen für eine demokratische Schule mitbringen müssen.

In seinem Arbeitsalltag hat Arno Lange die Erfahrung gemacht, dass es gerade den frisch gebackenen Lehrer/innen der Mut für einen partizipationsorientierten Schulalltag fehlt. Deshalb gibt es an der Leonardo Schule ein Kolloquium für „Neueinsteiger/innen“. In diesem setzen sich die Lehrenden mit ihren alltäglichen Handlungsroutinen auseinander. Besonders auffällig sei die Defizitorientierung vieler Lehrer/innen. Dies zeige sich in der Neigung vieler Lehrender, zunächst Probleme und Störungen in den Mittelpunkt der Wahrnehmung zu stellen. Der Verlust von Disziplinarmaßnahmen an der Freien Schule wird dabei als größte Verunsicherung erlebt. Man müsse weg von hierarchischem Denken und der Suche nach festen Handlungsanleitungen, so das Fazit des Schulleiters, denn demokratische Schulkultur gelingt nicht durch Rezepte, sondern nur durch die innere Haltung der Lehrenden.

Im Anschluss an die drei Diskussionsrunden wurden die Ergebnisse im großen Kreis zusammengetragen. Es entspann sich sofort eine angeregte Diskussion. Den anwesenden Lehramtsstudierenden war es wichtig, den Blick noch einmal auf die Lehramtsausbildung zu lenken. Es gäbe im Studium und im Referendariat kaum Gelegenheit alternative Schulformen kennen zu lernen. Die Studierenden beklagten, dass Freie Schulen für die Unterrichtspraktika und das Referendariat nicht zur Verfügung stehen. An dieser Stelle ginge viel Potential für eine demokratische Schulentwicklung verloren. Es wäre wünschenswert, engagierten und motivierten Lehramtsstudierenden den Einblick in neue Konzepte und demokratische Schulformen zu ermöglichen. Schließlich darf es nicht nur darum gehen, die demokratischen Kompetenzen von Schüler/innen zu stärken, sondern auch die der Lehrer/innen. Dies hat auf die Realisierung einer demokratischen Schulkultur die nachhaltigste Wirkung. Dabei sollte man die klassische Regelschule nicht vorschnell vorverurteilen, warnte einer der Teilnehmenden. Es gibt viele engagierte und gute Schulen, die mit eigenen Programmen den Schüler/innen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten einräumen. Leider waren an diesem Tag kaum Lehrer/innen von Regelschulen anwesend.

Am Ende des Workshops ist die Pinnwand im vorderen Teil des Raumes gefüllt. Unter der Überschrift „Gelingensbedingungen für eine demokratische Schule“ versammeln sich eine Vielzahl von Anregungen und Qualitätsmerkmalen, welche die Teilnehmenden an diesem Tag mit nach Hause nehmen können. Dazu kommt die Einladung von den Freien Schulen, diese einmal zu besuchen. So findet der Austausch vielleicht an einer anderen Stelle eine Fortsetzung.

Workshop Hochschule und Demokratie: „Geht das überhaupt?“



Der Workshop, geleitet durch Susanne Brettin (Trainerin beim Netzwerk für Demokratie und Courage) fing mit einer kurzen Vorstellungsrunde an. Die Teilnehmenden erzählten kurz etwas zu ihrer Person, ihren Erfahrungen im politischen Engagement und ihren Erwartungen an den Workshop.

Darauf folgte eine gemeinsame Einschätzung der derzeitigen Möglichkeiten demokratischer Partizipation in der Hochschulpolitik, die eher skeptisch ausfiel: Zu gering erschienen die Möglichkeiten wirklichen Einfluss auf hochschulpolitische Entwicklungen zu nehmen, was auch nach Einschätzung der

Teilnehmenden zu geringen Ansprüchen der Studierenden führte.

Dennoch erschienen insbesondere durch Protest einzelne Erfolge zu verzeichnen zu sein: immerhin wurden in der Mehrheit der Bundesländer mittlerweile die Studiengebühren wieder abgeschafft oder es wurde ihre Einführung von vornherein verhindert.



Die Probleme, welche die Teilnehmenden in den Strukturen der Universität sahen, waren schwerpunktmäßig in der Ausrichtung der Universitäten an marktwirtschaftlichen Anforderungen und einem Paradigma des Wettbe-

werbs angesiedelt: So wurden die Hierarchisierung durch die Reformen des Hochschulrahmengesetzes, die wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln und die Steigerung des

Wettbewerbs und der Konkurrenz im Mittelbau kritisiert, ebenso wie der Wandel der Struktur der Studiengänge, welcher das politische Engagement erschwert. Im Anschluss skizzierte ein Mitglied des StudentInnenrats der Universität Leipzig in einem Vortrag, wie sich die Entscheidungskompetenzen an den sächsischen Universitäten mit der Novelle zum neuen Sächsischen Hochschulgesetz wandelten. Das Fazit war auch hier: die Transformation des strukturellen Rahmens der Hochschulpolitik geht zulasten demokratischer Strukturen und fördert den Einfluss einzelner Akteure sowie externer Institutionen, insbesondere des Hochschulrates. Danach wurden gemeinsam verschiedene Leitbilder der Transformation der Hochschulen diskutiert: hier waren insbesondere das „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“ von Seiten der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und die „Hochschule der Zukunft“ von Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die beiden Leitbilder, welche in ihren Vorstellungen vom Nutzen einer Hochschule als gesellschaftlicher Einrichtung aufeinander prallten.

Auffällig war den Teilnehmenden die Ähnlichkeit in der rhetorischen Ausrichtung der Konzepte: Beide sprachen von Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Effizienz, und Qualität. Am Leitbild der „Hochschule der Zukunft“ (BDA und BDI) wurde die Transformation der Hochschulen in eine Ausbildungseinrichtung zukünftiger Arbeitnehmer/innen und Führungskräfte und die Forderung nach steigendem Einfluss der Wirtschaft auf die Hochschulen kritisiert.

Dem gegenüber stand das „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“ (HBS) vor allem deshalb in der Kritik, weil dieses, so die Teilnehmenden, sich nicht wirklich bemüht, die Ausrichtung des hochschulpolitischen Diskurses zu ändern: Das Leitbild der HBS versucht an Hand der gleichen (ökonomischen) Kriterien wie die „Hochschule der Zukunft“ die Qualität ihres Konzeptes zu belegen. Die HBS möchte den Beweis antreten, dass ihr Konzept auch nach jenen Kriterien, die den derzeitigen hochschulpolitischen Diskurs dominieren, das überlegene sei. Dementsprechend erscheint das „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“ als ein „Catch-all“ Konzept, das größerer Freiheit in Lehre und Forschung verbindet sowie besseren Arbeitsbedingungen und eine Demokratisierung der Hochschulstrukturen bietet. Stattdessen wäre es aber notwendig, die Fragen aufzuwerfen, *welche Art* von Effizienz erwünscht ist, was unter Qualität von Lehre und Forschung zu verstehen sei oder wie Chancengleichheit erreicht werden könnte. Durch seinen „catch-all“ Ansatz büßt das Leitbild – nach Ansicht der Teilneh-

menden – an Prägnanz ein und ordnet in letzter Konsequenz auch die Forderung nach Demokratisierung wieder dem Paradigma ökonomischer Effizienz unter, anstatt die demokratischen Strukturen zu einem Wert an sich zu machen.

Den Abschluss des Workshops bildete eine Zukunftswerkstatt. In dieser äußerten die Teilnehmenden Wünsche und Hoffnungen. Einerseits die Wünsche nach einer Demokratisierung, die über die Strukturen der Entscheidungsfindung in der Hochschule hinausgeht und die Lernatmosphäre mit erfasst; außerdem wurde der Wunsch nach einer pluralistischen, kritischen Wissenschaft deutlich, die Wissen nicht in nützlich, weil verwertbar, und unnütz einteilt.

Andererseits wurde deutlich, dass ein konkretes Leitbild mit Handlungsempfehlungen, welches als Gegenentwurf zur herrschenden Entwicklung fungieren könnte, bisher fehlt und dass Anknüpfungspunkte für einen Kampf gegen den derzeitigen Wandel nur schwer auszumachen sind. Der Kampf für eine demokratische Hochschule muss Wege finden, die Studierenden als Betroffene zu mobilisieren und gleichzeitig die Frage nach Sinn und Zweck der Hochschulen zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen, die auch außerhalb der Hochschulen als relevant angesehen wird.

Abschlussdiskussion und Resümee der Tagung

Nach intensiven Diskussionen in den beiden Workshops kamen die Teilnehmenden der Tagung zum gemeinsamen Austausch in einer großen Runde zusammen. Dort wurden zunächst die Ergebnisse aus den Workshops vorgestellt, wobei Bemühungen um Demokratisierung in Schule und Hochschule, Erfolge oder Misserfolge sowie gemeinsame oder unterschiedliche Erfahrungen in diesen Bereichen im Mittelpunkt stehen sollten.

Im Anschluss daran wurden Fragen zu Demokratie in der Schule sowie der Demokratisierung von Schulen und Hochschulen diskutiert. Schließlich rückten jene Kompetenzen in den Fokus, die an demokratischen Schulen gefördert würden.

Demokratie in der Schule

Wie Demokratie in Schulen organisiert und gelebt werden kann, ließ sich aus den durchaus unterschiedlichen Konzepten jener drei Schulen ablesen, die im Workshop „Schule und Demokratie“ vertreten waren. Die Unterschiede zeigen sich insbesondere hinsichtlich gewährter Freiheiten oder Verbindlichkeiten beim Lernen, möglichen Lernangeboten, Arbeits- oder Unterrichtsformen sowie der gemeinschaftlichen Regelung des Schulalltags.

An der Freien Schule Leipzig lautet ein Grundsatz: „Man kann nur selber lernen.“ Entsprechend tragen die Schüler/innen selbst die Verantwortung für ihr Lernen. Und Lehrer/innen begleiten und unterstützen sie dabei. Es gibt offene Lernangebote, die Schüler/innen wählen können, aber nicht müssen. Zensuren gibt es nicht. Die Schüler/innen können selbst bestimmte Themen anregen, etwas Spanisch lernen. Gemeinsam mit den Lehrer/innen wird dann geschaut, wie sich ein Kurs organisieren lässt. Ein weiterer Grundsatz der Schule: Jede/r entscheidet über ihre/seine eigenen Angelegenheiten, sowohl die Schüler/innen als auch die Lehrer/innen. Dafür gibt es täglich Morgenkreise in den altersgemischten Gruppen sowie wöchentlich eine Schulversammlung, in der Schüler/innen und Lehrer/innen gleichberechtigt jeweils eine Stimme haben.

In der Freien Ganztagschule Leonardo in Jena seien prinzipiell alle Werkzeuge einer demokratischen Schule vorhanden, etwa eine Schulversammlung, in der Schüler/innen und Lehrer/innen gemeinsam Regeln besprechen, oder tägliche Morgenkreise. Es gibt auch eine

Schulkonferenz mit Vertreter/innen von Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen. Die Schule habe zwar Vieles, was eine „normale“ Schule auch habe, etwa eine normale Mathestunde oder einen stringenten Stundenplan, verzichtet jedoch auf Zensuren bis zum Ende der 8. Klasse. Auch gäbe es jahrgangübergreifendes Arbeiten, viel Projektunterricht, viel selbständiges Arbeiten, tägliche Freiarbeitsphasen und Freiheiten für die Schüler/innen.

An der Freien Alternativschule Dresden gibt es in den ersten drei Schuljahren obligatorischen Unterricht Lesen, Schreiben, Rechnen für alle Kinder. Im Workshop ging es vor allem um die Fragen, wie Entscheidungen in „Räten“ vorbereitet und im Konsens getroffen werden sowie wer überhaupt Entscheidungen trifft. Bei allem Elan, den Eltern in die Schule stecken, müsse gefragt werden, ob diese ihren eigenen Traum oder den der Kinder verwirklichten.

Für Diskussion sorgte die Frage nach der Mitbestimmung von Eltern in der Schule. So dürfen an der Freien Schule Leipzig nur Lehrer/innen und Schüler/innen über Belange des Schullebens mitentscheiden, da nur sie am Schulleben teilhaben und von diesen Entscheidungen betroffen sind. Dazu gehört auch, dass die Kinder mitentscheiden, welche Lehrer/innen eingestellt werden. In den Anfangsjahren der Schule hätten jedoch die Eltern noch sehr viel in die Schule „rein regiert“, was zum Teil „hochkompliziert“ gewesen sei. Nach einem langen Aushandlungsprozess habe man sich aber darauf geeinigt, dass die Eltern zwar an Sitzungen teilnehmen, aber nicht abstimmen dürfen. Im Weiteren bestehen zahlreiche andere Gelegenheiten zum Austausch zwischen Eltern und Schule. Auch können Eltern in der Schule Angebote machen oder auch eine vegane Woche ausrichten. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Frage, wer Rechte zur Mitentscheidungen habe und wer von diesen Entscheidungen betroffen sei, durchaus auch für die Zivilgesellschaft gestellt werden könne.

Von Interesse war auch die Frage, wie in Schulen Entscheidungen getroffen werden. So habe sich an der Freien Alternativschule Dresden mit der Zeit gezeigt, dass Konsensentscheidungen mit allen, die in der Schule Mitglied sind, schwierig sind. Deshalb seien bestimmte Bereiche in die Zuständigkeit bestimmter „Räte“ übertragen worden, etwa Regeln in der Schule, die Frage, ob alle Kinder von Mitgliedern des Trägervereins auch andere Schulen besuchen dürfen, ob Kinder in der Schule fernsehen, Handys benutzen oder am Computer spielen dürften. In den Räten würden Lösungsvorschläge erarbeitet, die dann dem Plenum vorgelegt würden. Falls man dort keinen Konsens finden könne, gehe der Vorschlag zurück an den entsprechenden Rat, werde neu besprochen, um dann erneut dem Plenum vorlegt zu werden.

In der Diskussion wurde deutlich, dass solche demokratischen Aushandlungsprozesse vor allem Zeit bräuchten. Offenbar hätten viele Lehrer/innen keine Lust, dafür noch Zeit aufzuwenden. Immerhin hätten sie den Auftrag eine bestimmte Zahl von Stunden zu unterrichten und dies vor- und nachzubereiten. Arno Lange von der Freien Ganztagschule Leonardo in Jena berichtete, Lehrer/innen könnten Schüler/innen mit einbeziehen, wenn es – beispielsweise in Mathematik – um die Kontrolle von Aufgaben ginge. Die (zeitliche) Belastung von Lehrer/innen würde auch reduziert, wenn Vieles untereinander abgesprochen werde und ein vernünftiges Klima zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen herrsche – das gehe, wenn man nicht dauernd mit Zensuren sanktioniere. Dafür ertrage man auch weniger Gehalt als Lehrer/in an einer Schule in freier Trägerschaft, die nur etwa 80 Prozent der Kosten durch staatliche Zuschüsse decken könnte.

Demokratisierung von Schulen

In der Abschlussdiskussion zur Tagung wies Jetti Hahn darauf hin, dass – im Gegensatz zu den drei Schulen in freier Trägerschaft, die die Teilnehmenden im Workshop „Schule und Demokratie“ als Praxisbeispiele kennen lernen konnten – die Mehrheit der Schulen in Deutschland anders funktionierten. Auch sei zu beachten, dass Schulen in freier Trägerschaft durchaus unterschiedliche Ansätze verfolgten, anders arbeiteten und Dinge aushandelten.

Nicht jede freie Schule sei zugleich eine demokratische oder gute Schule. Aus ihrer Arbeit mit staatlichen Regelschulen im Feld demokratische Schulentwicklung kenne Jetti Hahn viele Beispiele guter Schulen, die sich auf den Weg machen oder auf den Weg gemacht hätten. Wollte eine Schule sich zu einer Ganztagschule entwickeln, sei die Herausforderung, wie der ganze Tag so gestaltet werden könnte, dass sich alle in der Schule wohl fühlen. Dies ermögliche, demokratische Schritte zu gehen – etwa in Form von Aushandlungsrunden, ein Konzept, das vom Institut für Demokratieentwicklung (IDE) entwickelt wurde und davon ausgehe, dass Belange in Schulen, von jenen ausgehandelt werden müssen, die davon betroffen sind. In solchen Aushandlungsrunden könnten Themen – etwa Schulregeln, der Schulalltag, Vereinbarungen zwischen Schule und Eltern – demokratisch vorbesprochen, ausgehandelt und im Konsens entschieden werden, um schließlich in den schulrechtlich vorgesehen Gremien getragen zu werden. Es gebe aber auch Erfahrungen mit Schulen, an denen schulpädagogische Fragestellungen wie die Rhythmisierung von Ganztags Schüler/innen ab der ersten Klasse mitdiskutiert

hätten, wie sich die Schule auf einer strukturellen Ebene ganzheitlich verändern müsse, um den Bedürfnissen von Kindern, Eltern und Pädagog/innen gerecht zu werden. Sobald Schule als Lebensraum sowie Schule und Demokratie als Prozess verstanden würden, könne gemeinsam geprüft werden, wie Strukturen den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden müssten – und nicht umgekehrt.

Arno Lange führte Hannover Glocksee als Beispiel an, dass staatliche Schulen Vieles machen könnten, was fortgeschrittene und freie Schulen auch täten. Jede staatliche Schule könne eine demokratische Schule sein. Das Schulgesetz sehe viele Freiräume vor. Nur würden diese in Schulen oftmals nicht ausgelebt. Auch sei gewaltfreie Erziehung ein Recht jedes Kindes, egal welche Schule es besucht. Und Pädagog/innen, die mit demokratischen Idealen, guten Ideen und guten Absichten an eine klassische Schule kämen, wären nach zwei Jahren entweder ausgebrannt oder angepasst – wenn sie alleine versuchten, eine Schule demokratischer zu gestalten. Wenn allerdings alle anderen Lehrer/innen an einer Schule streng seien und einer beispielsweise Gruppenarbeit anbiete, würden Schüler/innen diese Freiheit zweckentfremden. Um Schulen zu demokratisieren brauche es eine aktive Minderheit. Auch sollte die Schulleitung dahinter stehen. Forderungen alleine änderten eine Schule nicht. Manchmal bewege sich das Kollegium aber erst, wenn Schulen politisch verpflichtet werden, sich ein Schulprogramm zu geben (wie in Berlin) oder wenn einer Schule die Schließung aufgrund mangelnder Schülerzahlen drohe. Dann käme ein Austausch zwischen Lehrer/innen über das pädagogische Konzept einer Schule zustande.

Eine Diskussionsteilnehmerin fragte, ob es nicht sinnvoll erscheine, wenn Schulen sich selbst aussuchen könnten, welche Lehrer/innen sie bekommen. Dann ließe sich ein Kollegium aufbauen, das etwas verändern und demokratisch arbeiten möchte.

Eine andere Teilnehmerin brachte die Idee ein, die demokratische Qualität pädagogischer Arbeit könne durch gegenseitiges Lernen von Lehrer/innen unterstützt werden, etwa durch gegenseitige Hospitationen über mehrere Tage oder Unterrichtsevaluationen nach gemeinsam erarbeiteten Prinzipien. Solche Schulverbände gäbe es bereits, z.B. „Blick über den Zaun“, zwischen freien Schulen oder mit den Preisträgern des Deutschen Schulpreises.

Jetti Hahn konnte aus ihrer eigenen Erfahrung ergänzen, dass Schulen mit Veränderungsprozessen durchaus überfordert sein können. Es gäbe oft nur ein geringes Maß an Selbststeuerungskompetenzen oder Leute, die in Gremien moderieren könnten. Auch wären eingefahrene

Muster, gegenseitige Vorstellungen und Hierarchien unter Pädagog/innen große Stolpersteine. Solche Schulen bräuchten jemanden, die oder der lernende Veränderungsprozesse professionell begleite. Voraussetzung sei jedoch, dass die Schulleitung ebenfalls Veränderungen wolle. Sonst bleibe es beim „Projektchen“ und es komme kein Prozess zustande. Das Konzept der Aushandlungsrunden hätte sich dabei bewährt. Die damit erzeugten Ergebnisse könnten nachhaltig im Schulalltag verankert werden und würden verbindlich eingehalten.

Was Hochschulen von Schulen lernen könnten

Ob Hochschulen von demokratischen Schulen lernen könnten, schien sich nur schwer beantworten zu lassen. Immerhin gäbe es an Schulen – zumal in freier Trägerschaft – Freiräume und Experimentierfelder, die es Universitäten nicht gäbe. Wenn, dann ließen sich Universitäten nur im Kleinen verändern. Strukturelle Reformen hätten bislang aber nicht funktioniert. Eine Diskutantin argumentierte, Hochschulen sollten – wie Schulen – als Lebensraum verstanden und danach gefragt werden, wie man Strukturen den Bedürfnissen der Menschen anpassen müsse und nicht umgekehrt. Allerdings gäbe es an Hochschule traditionelle und historisch gewachsene Bedeutungen, Positionen und Lernen.

Wie bei Schulen stelle sich die Frage nach der pädagogischen Qualifikation der Lehrenden. Wie im schuldidaktischen Bereich scheint im hochschuldidaktischen Bereich die Ausbildung eher mangelhaft zu sein, nicht nur im Hinblick auf demokratische Ansprüche, sondern überhaupt was moderne Ansprüche an Lernen und Lernräume betreffe. Entsprechend muss sich die Ausbildung von Lehrenden verändern. Immerhin gäbe es seit Kurzem in Sachsen ein Hochschuldidaktisches Zentrum. Doch da müsse man schauen, worauf die dortigen Bildungsangebote ausgerichtet sind. Vielleicht könnte auch hier ein Austausch zwischen Hochschullehrenden solche Lernprozesse anregen.

Zwei Teilnehmer/innen brachten ihre Erfahrungen mit selbstbestimmter Bildung an der Universität ein. Zum einen wurde von einer zehntägigen Bildungsreise berichtet, die Lehramtsstudierende binnen eines Semesters selbst organisierten. Diese selbst geschaffene Gelegenheit, insgesamt fünfzehn pädagogisch interessante Schulen in ganz Deutschland in ihrer Praxis kennen zu lernen, habe Vielen Teilnehmer/innen nach eigenem Bekunden mehr gebracht als das Studium selbst. Doch selbst wenn Studierende durchaus Freiheiten für solch selbstbestimmtes Lernen hätten, gäbe es dafür keine Anerkennung als Studienleistung, solange es außerhalb uni-

versitärer Lehrpläne stattfinden. Dem gegenüber seien an einigen Universitäten z.B. Universität Münster von Studierenden initiierte Seminare möglich, die auch als Studienleistung anerkannt werden. Es brauche nur eine Lehrkraft, die die fachliche Verantwortung übernehme. Weiterhin gäbe es Erfahrungen mit eigenen Seminaren, in denen Studierende sehr viel oder gar die komplette Verantwortung für die Gestaltung des Kurses trügen. Es habe sich jedoch gezeigt, dass dies Viele verunsichere oder auch überfordere. Die Gegenstände universitärer Bildung seien teilweise so komplex und widersprüchlich, dass es jemanden brauche, der für Studierenden immer wieder den roten Faden aufnimmt, Zusammenhänge verdeutliche und auf zusätzliche Perspektiven hinweist. Paradox erscheine allerdings auch, einerseits in der Wissenschaft kritischer Rationalismus betont werde, andererseits ließen manche Professor/innen oder Dozent/innen keinen Widerspruch in ihrer Lehre zu, was Pluralität und eine kritische Seminarkultur verhindere.

Hochschule und Demokratie

Aus dem Workshop „Hochschule und Demokratie“ wurde berichtet, dass es viele negative Erfahrungen im Hinblick auf Mitbestimmung in der Hochschule gäbe. Dozent/innen bzw. Professor/innen seien teilweise schlecht pädagogisch und demokratisch ausgebildet. Und aufgrund autoritärer Strukturen und Willkür sei ein wissenschaftlicher Pluralismus oder eine pluralistisch-kritische Wissenschaft kaum möglich. Als positiv schätzten die Teilnehmenden des Workshop jedoch ein, dass die Mitbestimmung durch Studierende durchaus Erfolge gezeigt habe, etwa die Einführung von Bio-Essen in der Mensa oder eine größere Barrierefreiheit durch Freihalten von Parkplätzen für körperlich Benachteiligte. Weiterhin habe sich in Leipzig ein Promovierendenrat gegründet, um die Interessen von Promovend/innen – unabhängig von ihrer Statusgruppenzugehörigkeit – zu vertreten.

Im Workshop wurde weiterhin erörtert, dass ein neues Hochschulrahmengesetz im Jahre 2008 Hochschulen in Sachsen einem drastischen Wandel unterworfen habe. Die Basis der demokratischen Struktur sächsischer Hochschulen war bis dahin ein aus allen Statusgruppen zusammengesetztes Konzil, das den Senat und das Rektorat wählte. Diese Struktur sei auf den Kopf gestellt worden. Das Konzil wurde abgeschafft. Das Rektorat wurde mit mehr Kompetenzen ausgestattet und war nicht mehr so sehr legitimatorisch gebunden wie vorher. Weiterhin wurde mit dem Hochschulrat der Hochschule ein externes Gremium mit großen Einspruchsmöglichkei-

ten zur Seite gestellt. Auf diese Weise wurde die Idee, dass es Partizipation geben kann oder geben soll, ausgetauscht gegen eine Idee, wie Effizienz organisiert werden soll. Auch wenn vor der Reform sicherlich nicht alles perfekt gelaufen sei, so seien die Strukturen jedoch darauf angelegt gewesen, Entscheidungen zu produzieren, die demokratisch sein sollten. Diese Reformen bildeten einen Rahmen, in dem zwei Leitbilder gegenüber gestellt werden könnten, die in Begleitung bzw. in Reaktion auf diesen Wandel entstanden sind und in dem Workshop diskutiert wurden.

Zum einen folge das Leitbild der Arbeitgeberseite dem Konzept der „unternehmerischen Hochschule“, das an einen Effizienzbegriff gekoppelt sei, der Forschung und Lehre am auf den Arbeitsmarkt ausrichte. Dies sei offensichtlich anvisiert und in Teilen umgesetzt worden. Die „unternehmerischen Hochschule“ solle von Wettbewerbsmechanismen geprägt sein. Ziel sei es, messbare Ergebnisse zu produzieren – messbar vor allem in ökonomischen Kategorien. In der „unternehmerischen Hochschule“ herrsche – wenn überhaupt noch – ein eher marktwirtschaftliches Demokratieverständnis mit autoritären Strukturen vor.

In Reaktion auf die bereits durchgeführten Hochschulreformen und den Wandel des Demokratieverständnisses erarbeitete die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung ein Leitbild, das auf demokratische Werte wie Freiheit, Gleichheit, Chancengleichheit, Gemeinschaft und Kontrolle ausgerichtet sei. Demnach solle die Universität gesellschaftlich verankert sein und im Austausch mit der Gesellschaft stehen. Sie solle durchaus eine Führungsposition einnehmen, jedoch auch als ein Korrektiv verstanden werden. Sie solle intervenieren, wo sie kulturelle, ökologische, ökonomische oder soziale Schief lagen diagnostiziere. Entsprechend sollten Mitbestimmungsmöglichkeiten bestehen.

Im Verständnis der Workshop-Teilnehmenden sei der Sinn von Hochschule eine kritische und pluralistische Wissenschaft, die sich unabhängig von wirtschaftlichen Zwängen betätige. Dies sei heutzutage jedoch ein schwieriges Spannungsfeld. Daran knüpfe sich die Perspektive, wohin man sich bewege und wo man Forderungen stellen könne, was an einer Hochschule demokratisch sein könnte.

Im Hinblick auf Bemühungen der Demokratisierung von Hochschule sahen die Teilnehmenden am Workshop „Hochschule und Demokratie“ zahlreiche Probleme. Zum einen zwingt die (mangelhafte) finanzielle Ausstattung von Hochschulen zum Einwerben von Drittmitteln. Darin komme nicht nur die Ausrichtung der Universität am Markt zum Ausdruck. Auch werde damit

Mitbestimmung unterminiert. Es gäbe an den Universitäten zwar vereinzelt Forderungen, den eingeleiteten Wandel wieder umzukehren und mehr Mitbestimmung zu ermöglichen. Jedoch organisierten sich diese Forderungen kaum zu einer Bewegung. Die Proteste gegen Studiengebühren und Studienreformen stimmten an sich hoffnungsvoll. Diese bezogen sich aber vor allem auf die Struktur des Studiums. Doch wie ließe sich dieser Protest auch auf die Struktur der Universität beziehen? Warum bilde sich kein Widerstand gegen die Verringerung von Mitbestimmungsmöglichkeiten an Hochschulen? Wie ließen sich Studierende überhaupt mobilisieren? Was könne man tun, damit Widerstand entsteht? Wie kann man ein Unwohlsein im Bauch in Aktion umsetzen? Ähnlich wie bei Gewerkschaften oder Vereinen scheint es auch in Hochschulen schwierig zu sein, Leute zu finden, die sich engagieren. Doch selbst manche Gremienvertreter/innen scheinen bestimmte Problemlagen wie etwa Genderfragen nicht ausreichend zu erkennen.

Nun versuche zwar das Leitbild der Gewerkschaften sich vom Leitbild der Arbeitgeberseite kritisch abzugrenzen und dieses in Frage zu stellen. Gleichzeitig wolle es aber auf der Ebene des Ökonomischen seine Überlegenheit beweisen. Die Botschaft laute: Wir wollen Mitbestimmung und eine kritische Funktion der Wissenschaft. Und gleichzeitig sind wir dabei effizienter, haben eine bessere Qualität der Lehre und sind produktiver. Damit sei das Leitbild überfrachtet. Wie das Leitbild der Wirtschaft bleibe es außerdem unspezifisch. An manchen Stellen seien die Leitbilder sogar sehr ähnlich. Die Hans-Böckler-Stiftung versuche zwar mit ihrem Leitbild anders zu sein, verwendet aber ähnliche Begriffe wie das Leitbild der Arbeitgeberseite. Offenbar stellt dies den Versuch eines Gegenentwurfs dar, der dennoch effizienter sein will. Deshalb wünschten sich die Teilnehmer/innen ein konkreteres Leitbild mit Handlungsempfehlungen.

Demokratische Kompetenzen?

Schließlich kam die Frage auf, ob und wie junge Menschen aus demokratischen Schulen mit undemokratischen Strukturen in der beruflichen Ausbildung, in Betrieben mit hierarchischen Strukturen und paternalistischen Vorgesetzten umgehen könnten. Hätten Abgänger/innen demokratischer Schule nicht Probleme mit einem „verknauschten Mittelstandsunternehmer“ oder im Studium mit ebenfalls weniger Freiheiten?

Einige Teilnehmende erwiderten, nach ihrem persönlichen Eindruck hätten Schüler/innen an demokratischen Schulen ein größeres Selbstwertgefühl, mehr soziale Kompetenzen und seien

konfliktfähiger. Diese Eigenschaften würden an demokratischen Schulen besser gefördert als an herkömmlichen Schulen. Des Weiteren seien sich Schüler/innen an demokratischen Schulen dessen bewusst, dass sie auf einer besonderen Schule seien und Vieles dürften, was woanders nicht ginge. Schüler/innen an demokratischen Schulen seien sich durchaus vieler „Spielregeln“ bewusst, auf die man sich durchaus einlassen muss, zum Beispiel wenn man einen Schulabschluss erlangen möchte, den es eben nur bei Bestehen bestimmter Prüfungen gibt.

Schüler/innen von demokratischen Schulen kämen mit weniger demokratischen Strukturen – in anderen Schulen, im Ausbildungsbetrieb oder an einer Hochschule – ganz gut zurecht. Sie brächten ausreichend Selbstbewusstsein mit, um sich nicht „dumm machen“ zu lassen. Sie suchten sich das, was sie brauchen. Ein Teilnehmer ergänzte, er kenne Absolvent/innen demokratischer Schulen, die sich – zum Beispiel an Hochschulen – über Absolvent/innen von Regelschulen wunderten, wie unselbständig und unkritisch diese seien.

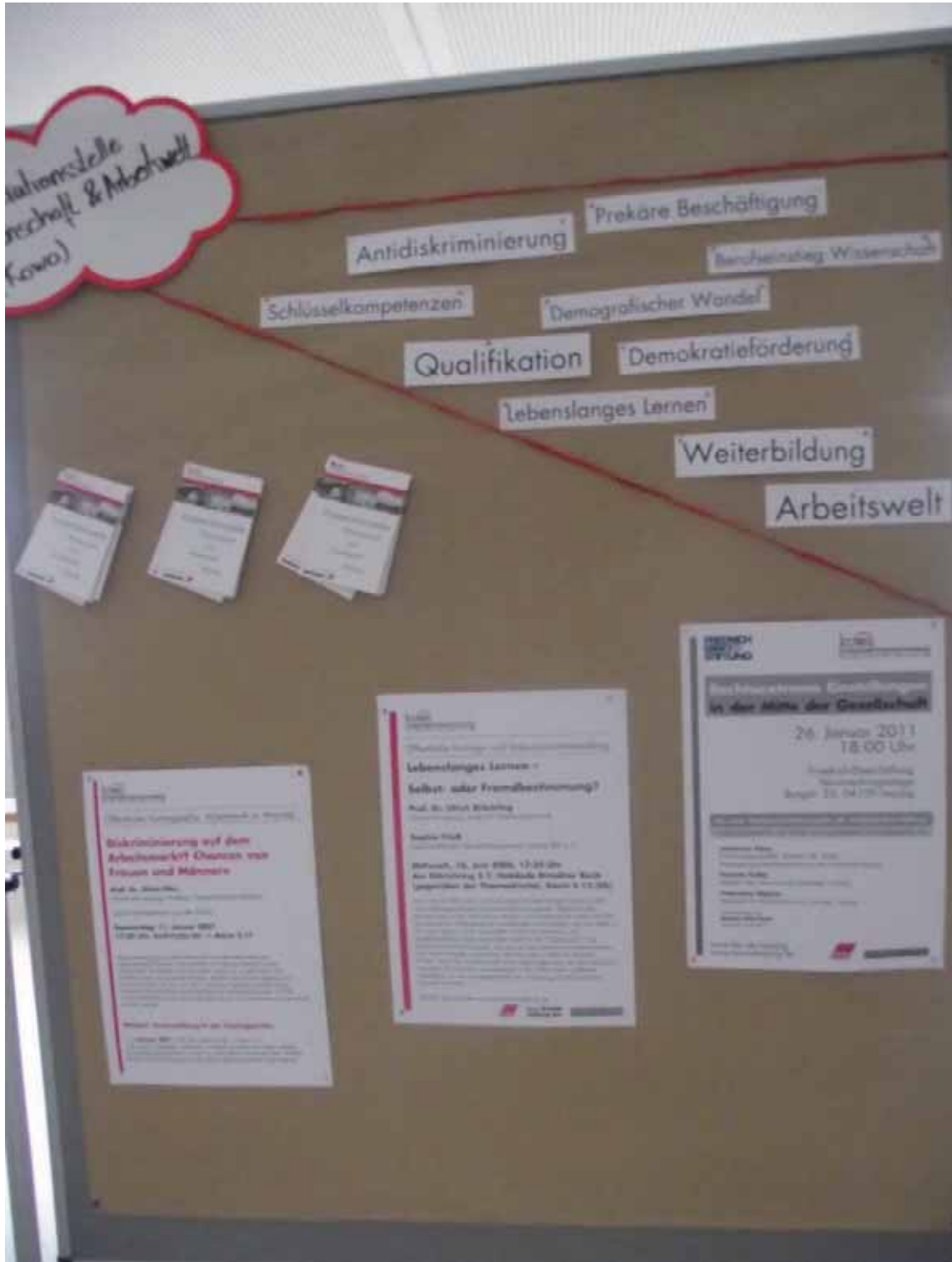
Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass die in demokratischen Schulen geförderten Kompetenzen in der Wirtschaft gefragt seien. So suchten Unternehmen vor allem frei denkende, kreative und kommunikative Mitarbeiter/innen mit sozialen Kompetenzen, die im Team arbeiten und Konflikte konstruktiv regeln könnten. Solch selbständige Menschen seien auch produktiver – und brächten Unternehmen mehr Gewinn als Leute, die erst geschoben werden müssen. Denkbar sei auch, dass Auszubildende oder Mitarbeiter/innen mit einem starken Selbstbewusstsein sich – zum Beispiel in der Jugendauszubildendenvertretung – kritisch engagierten statt sich nur zu fügen.

Am Ende der Tagung schlug Moderator Stefan Kausch mit einem Zitat von Che Guevara eine Brücke in die Zukunft, das für eine demokratische Entwicklung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen als Motto gelten könnte: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.“



Anhang - FOTODOKUMENTATION

Organisationen, Kooperationspartner/innen und Projekte stellen sich vor...



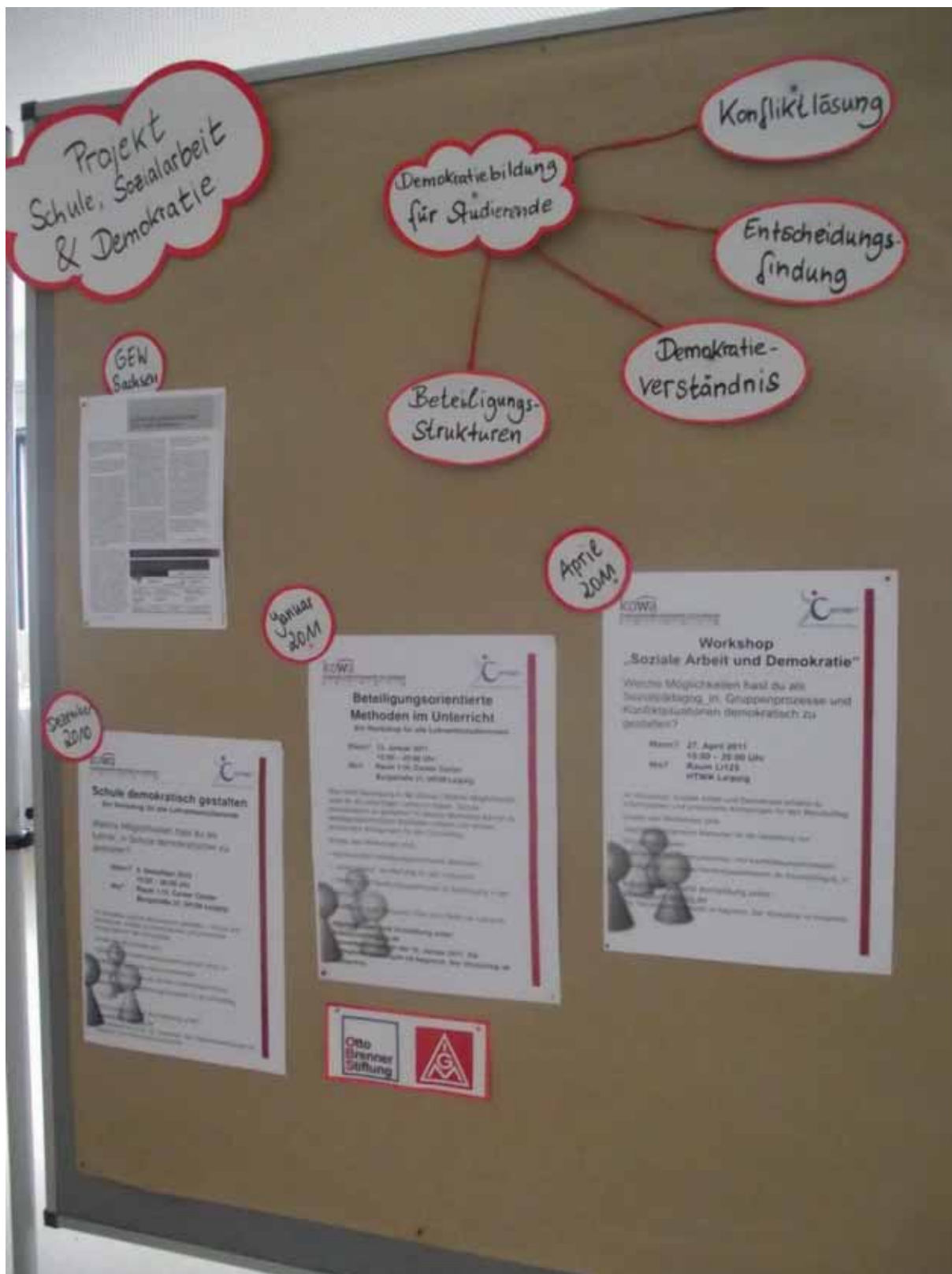
Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KOWA)

www.kowa-leipzig.de



Projekt "Campus Office"/ Students at work (SAW)

www.kowa-leipzig.de/component/content/article/46-startseite-rechts/115-fragen-zum-studentischen-nebenjob



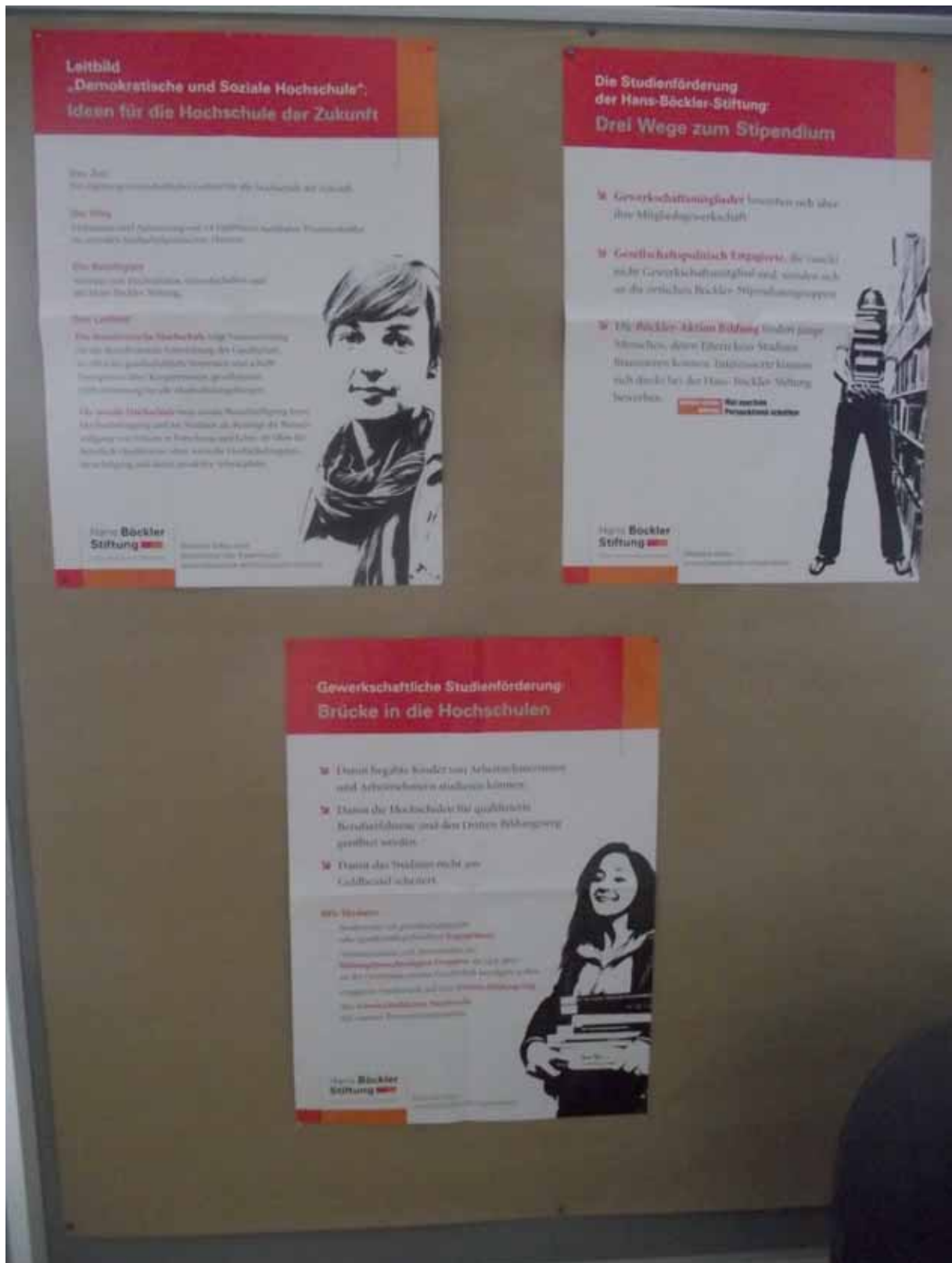
Projekt "Schule, Sozialarbeit und Demokratie"

www.kowa-leipzig.de/unser-angebot



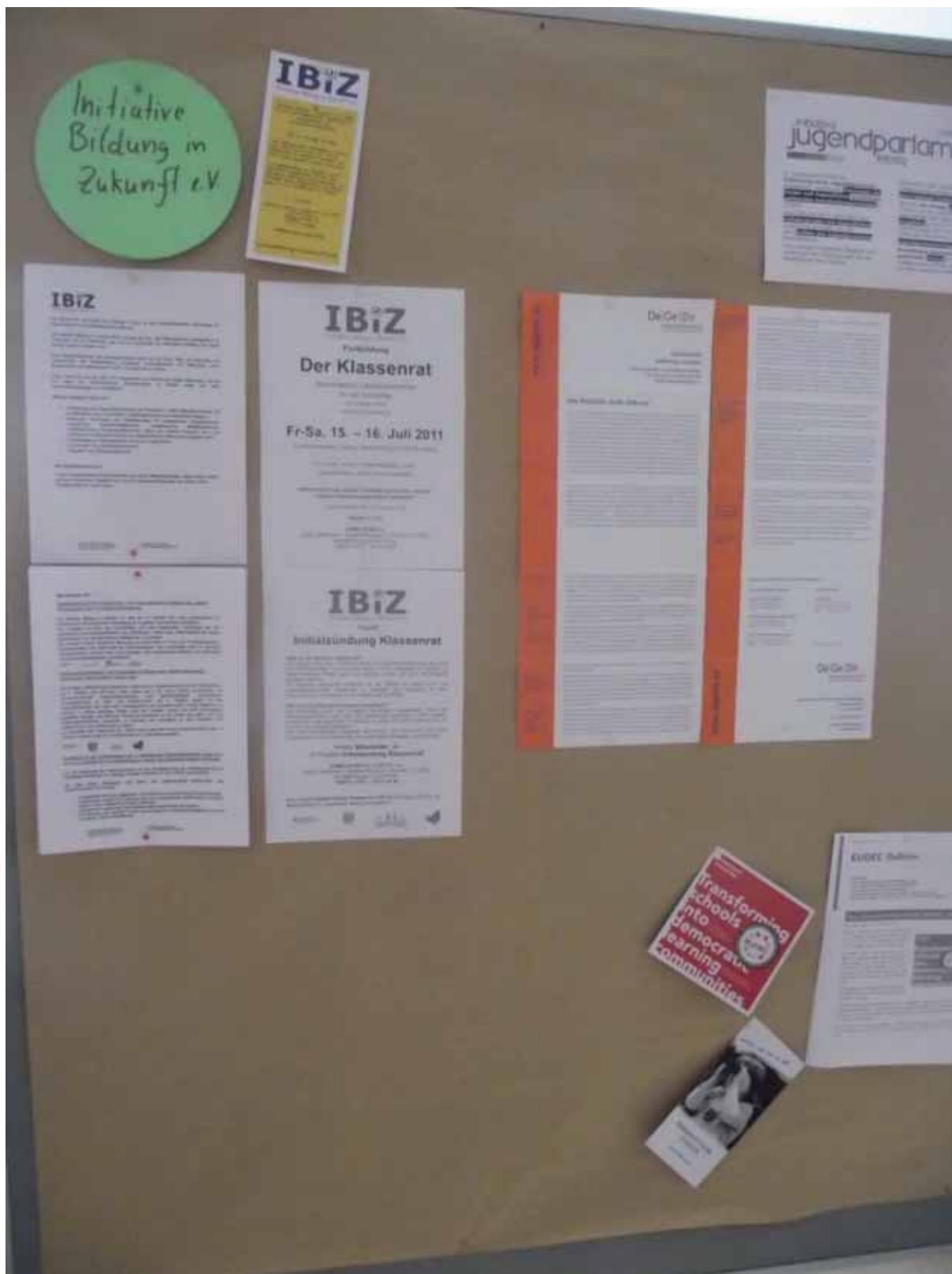
Netzwerk für Demokratie und Courage e. V. (NDC)

www.netzwerk-courage.de



Hans-Böckler-Stiftung (HBS)

www.boeckler.de



Initiative Bildung in Zukunft e. V. (IBIZ)

www.bildung-in-zukunft.de



Institut für Demokratieentwicklung (1)

www.institut-demokratieentwicklung.de



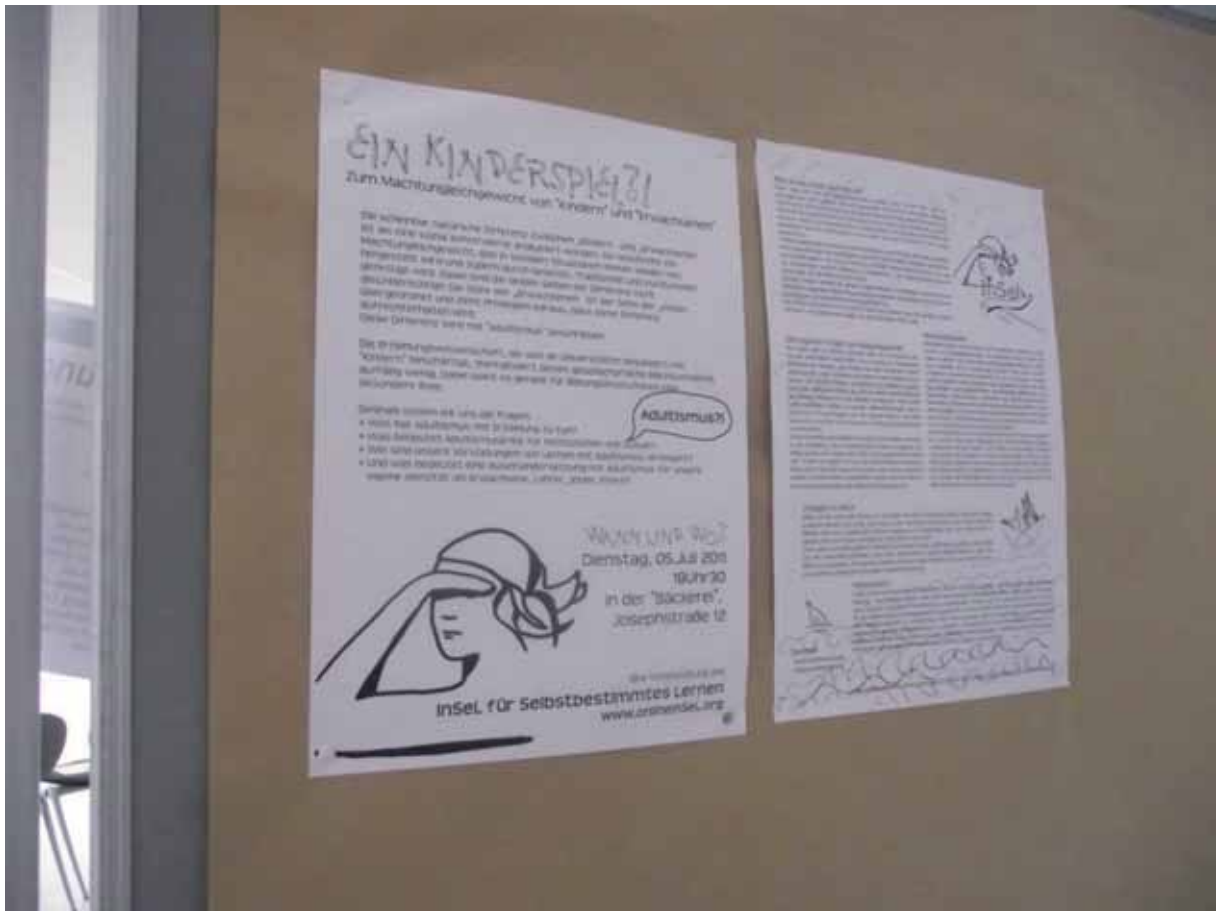
Institut für Demokratieentwicklung (2)

www.institut-demokratieentwicklung.de



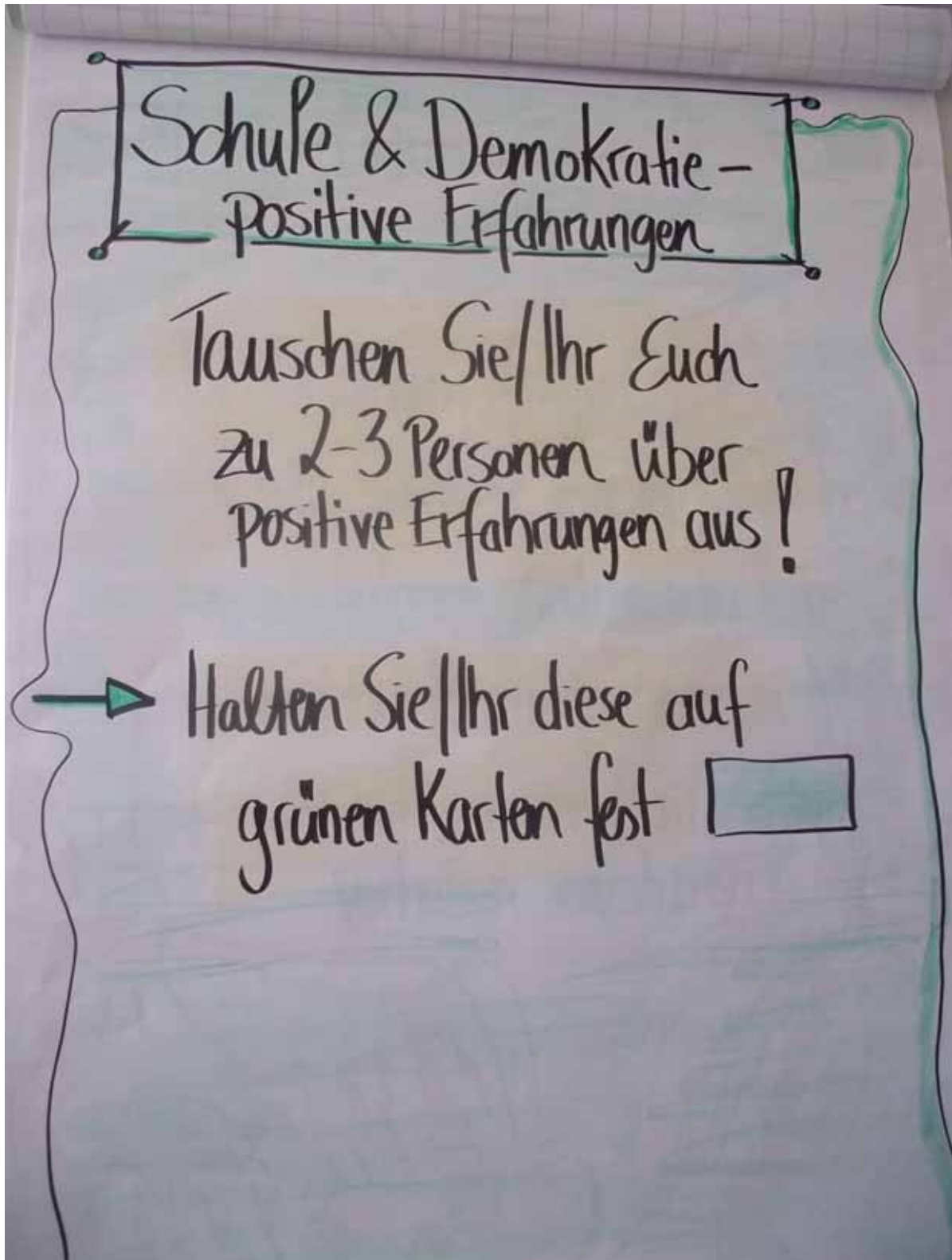
Forikolo e. V.

www.forikolo.de



InSel für selbstbestimmtes Lernen

onlineinsel.wordpress.com

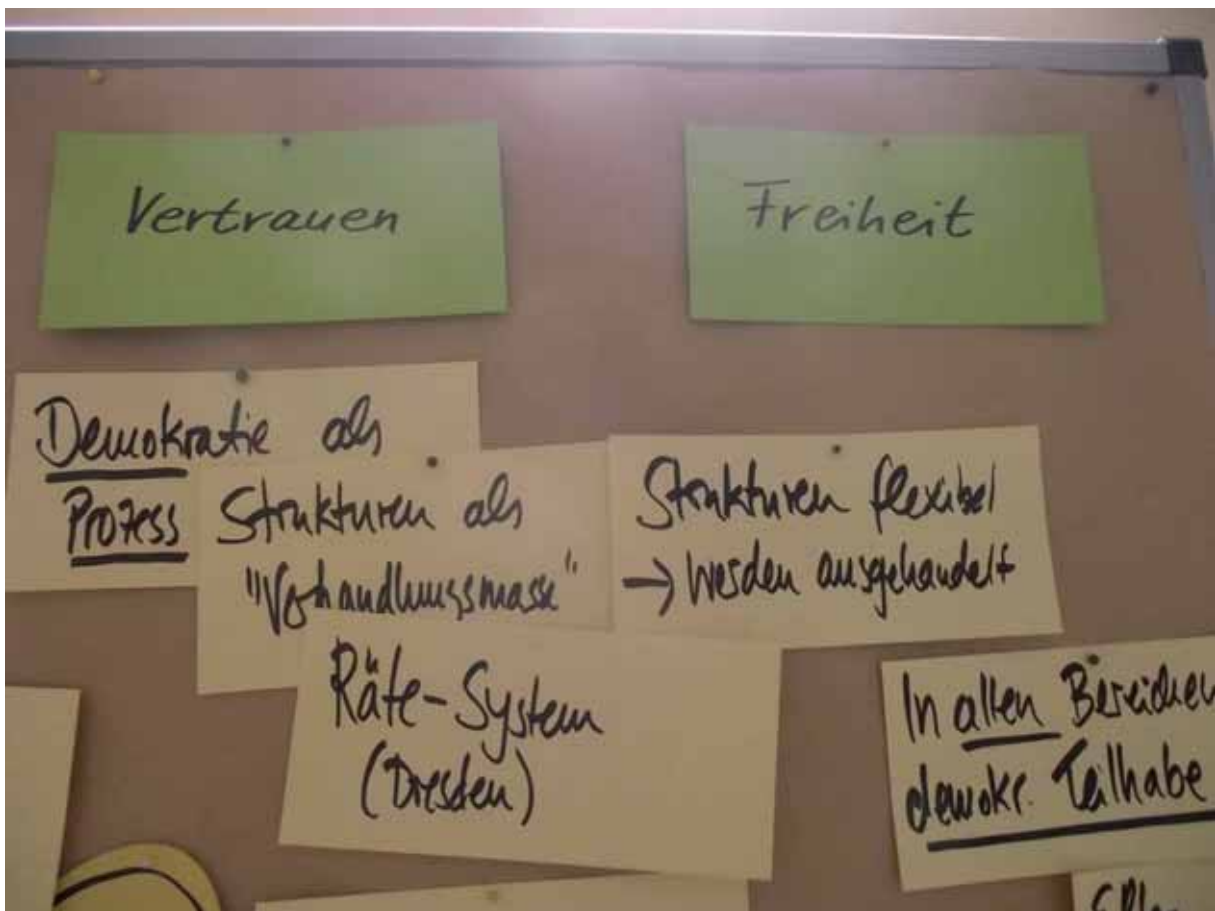
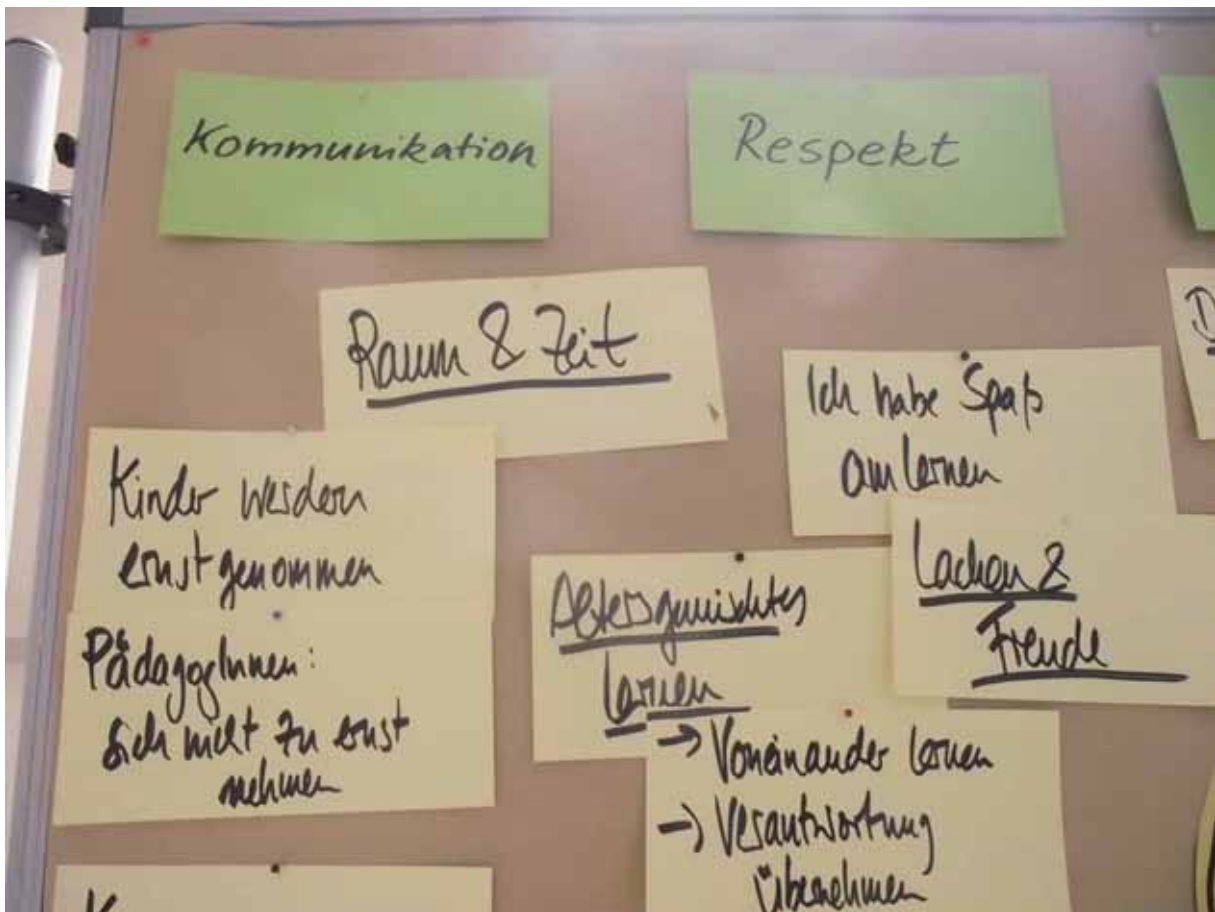


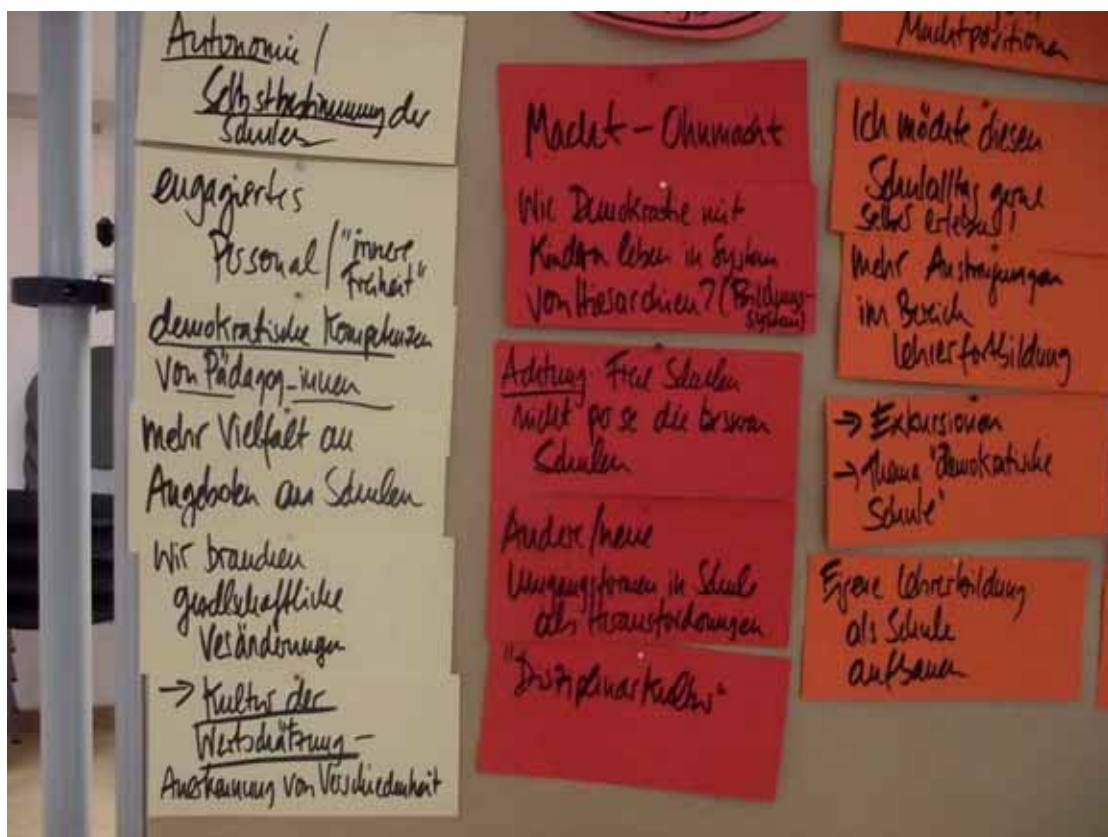
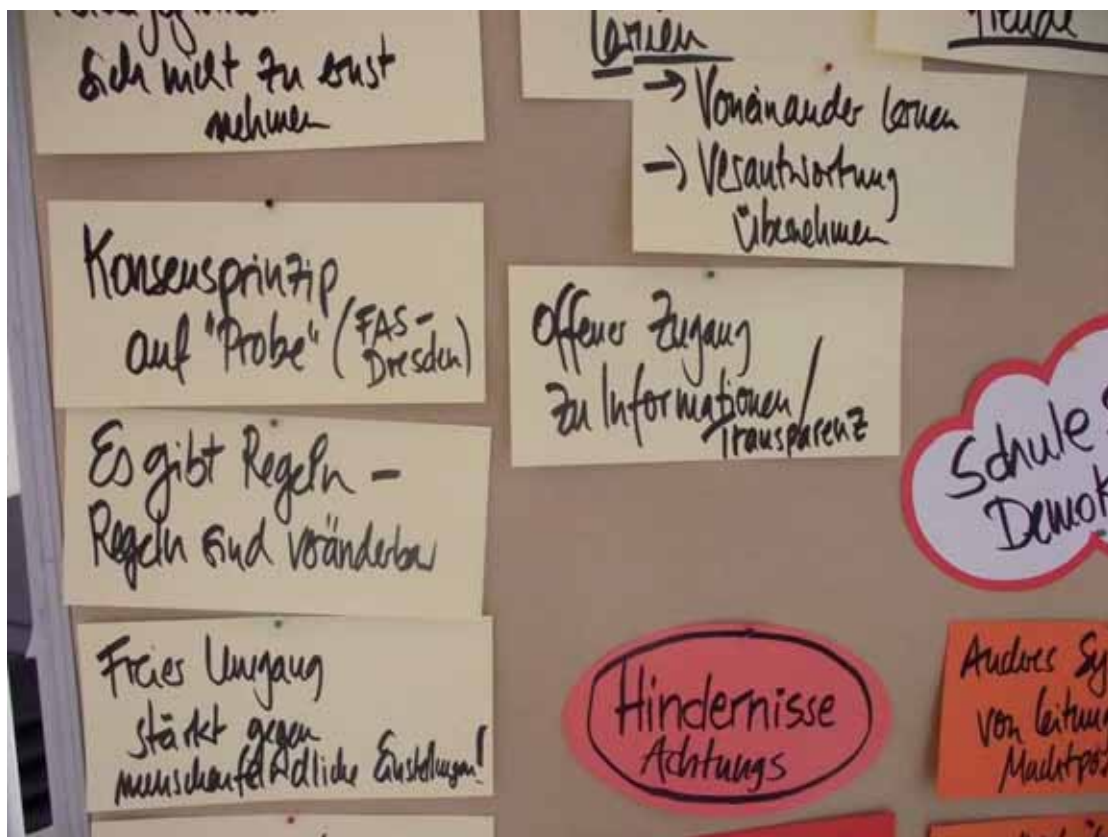
Inselwanderung

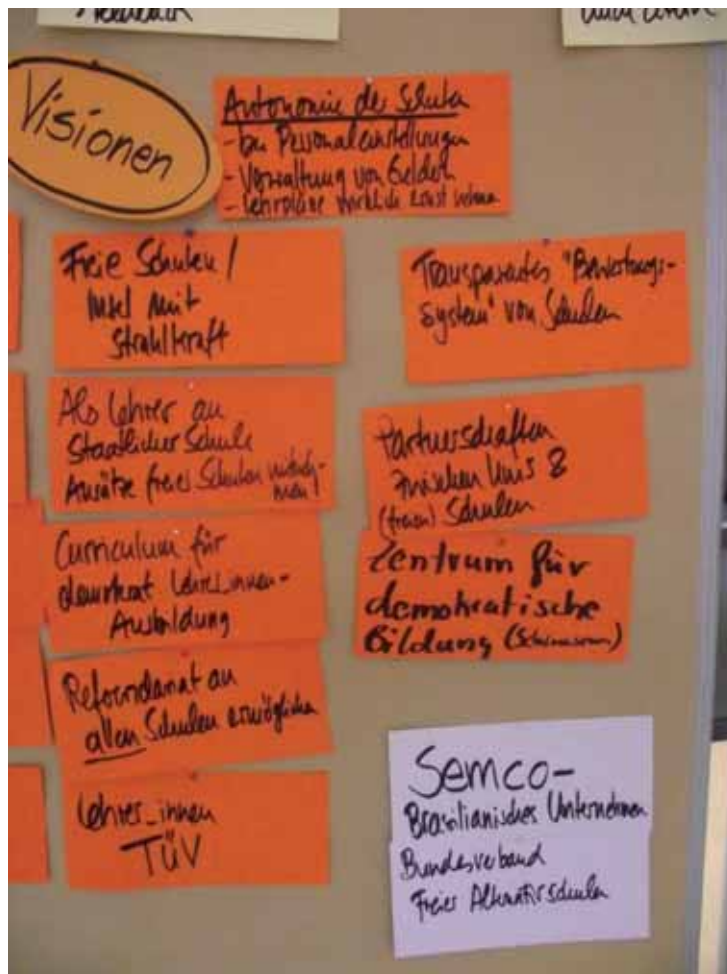
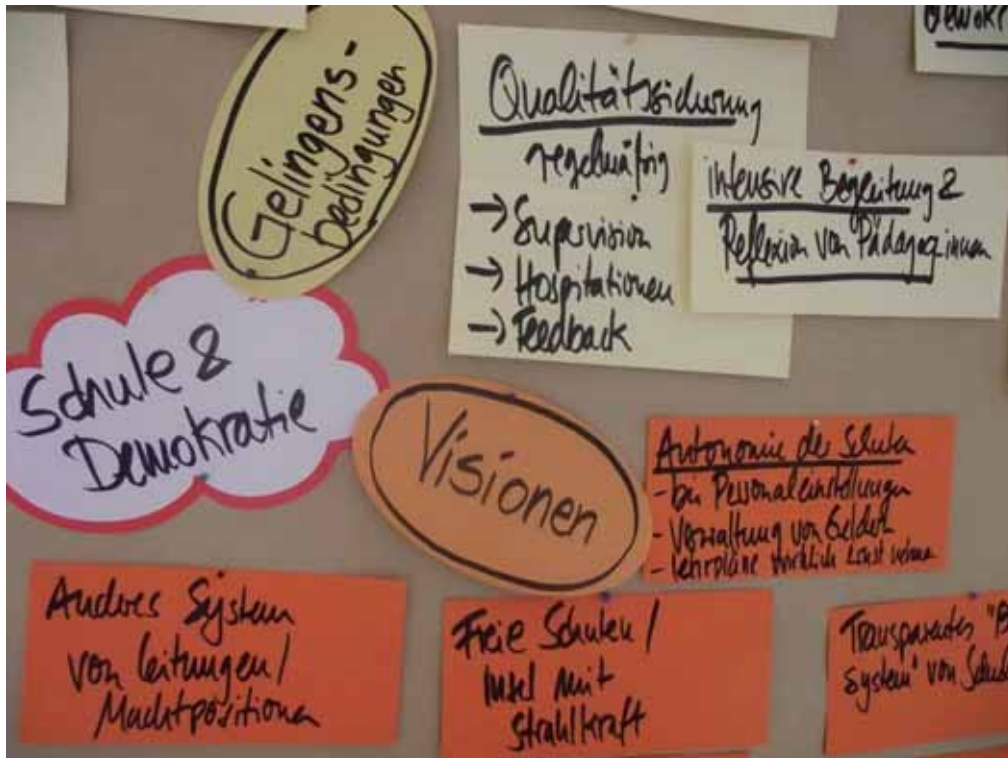
Beobachtungsfragen

- * Was macht die jeweilige Schule besonders?
- * Wo können Andere von lernen?
- * Welche Herausforderungen gibt es?
- * Welche Visionen/Entwicklungsvorhaben existieren?

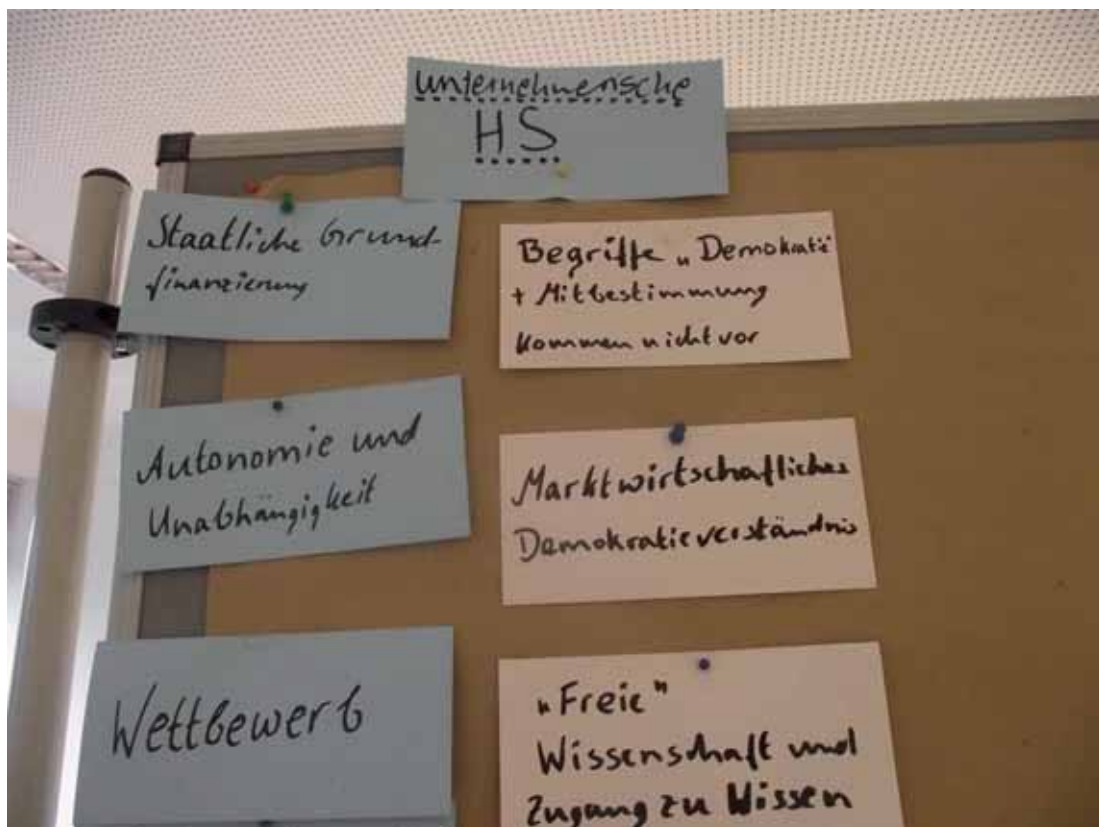
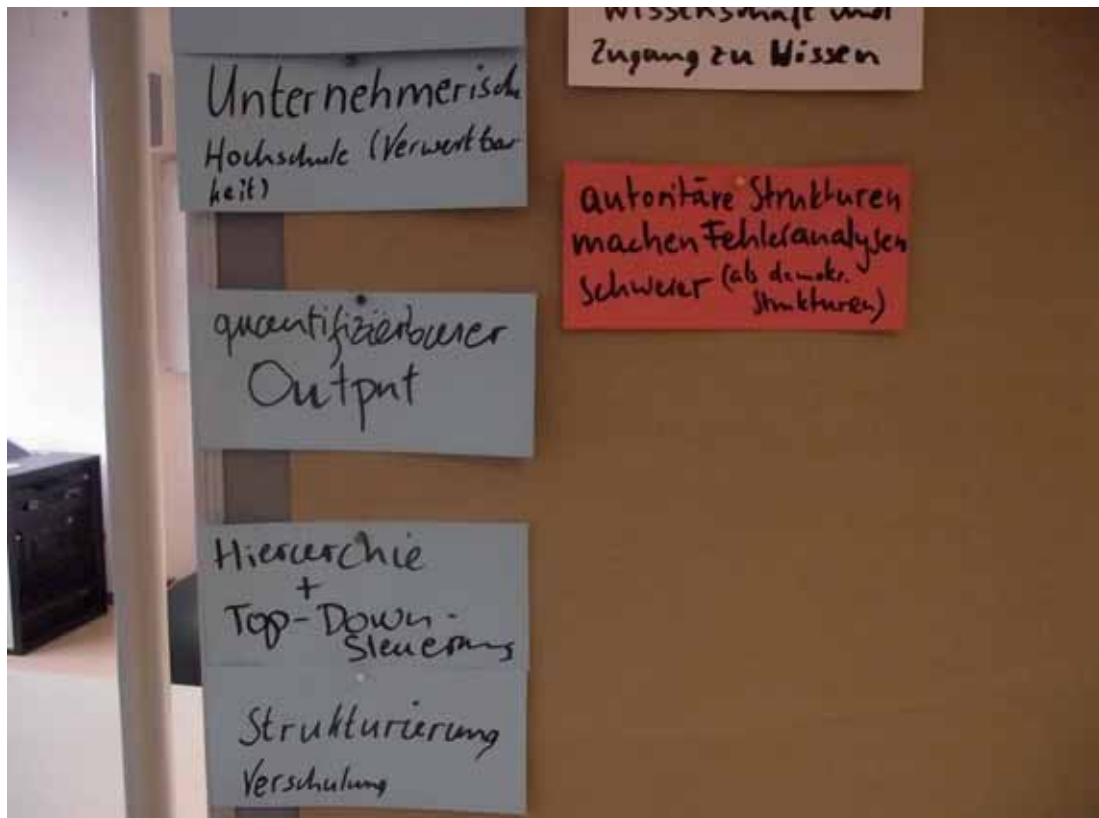


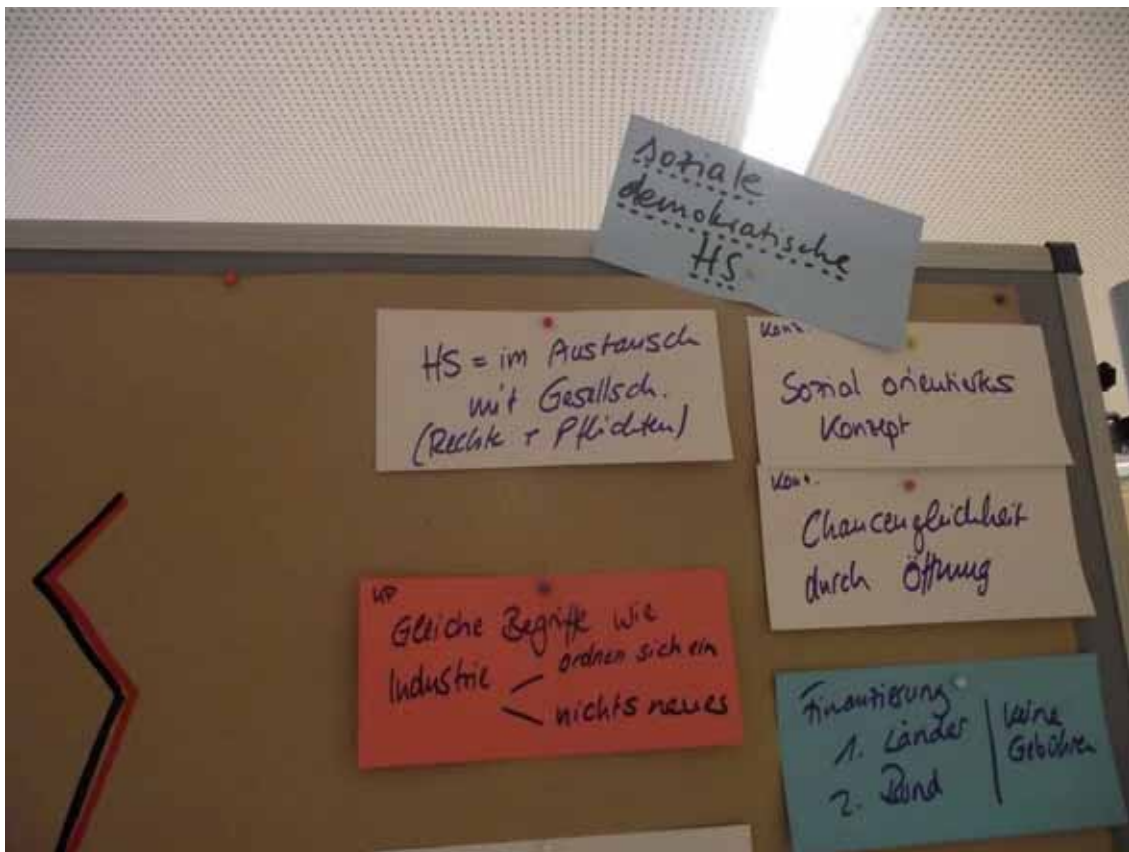


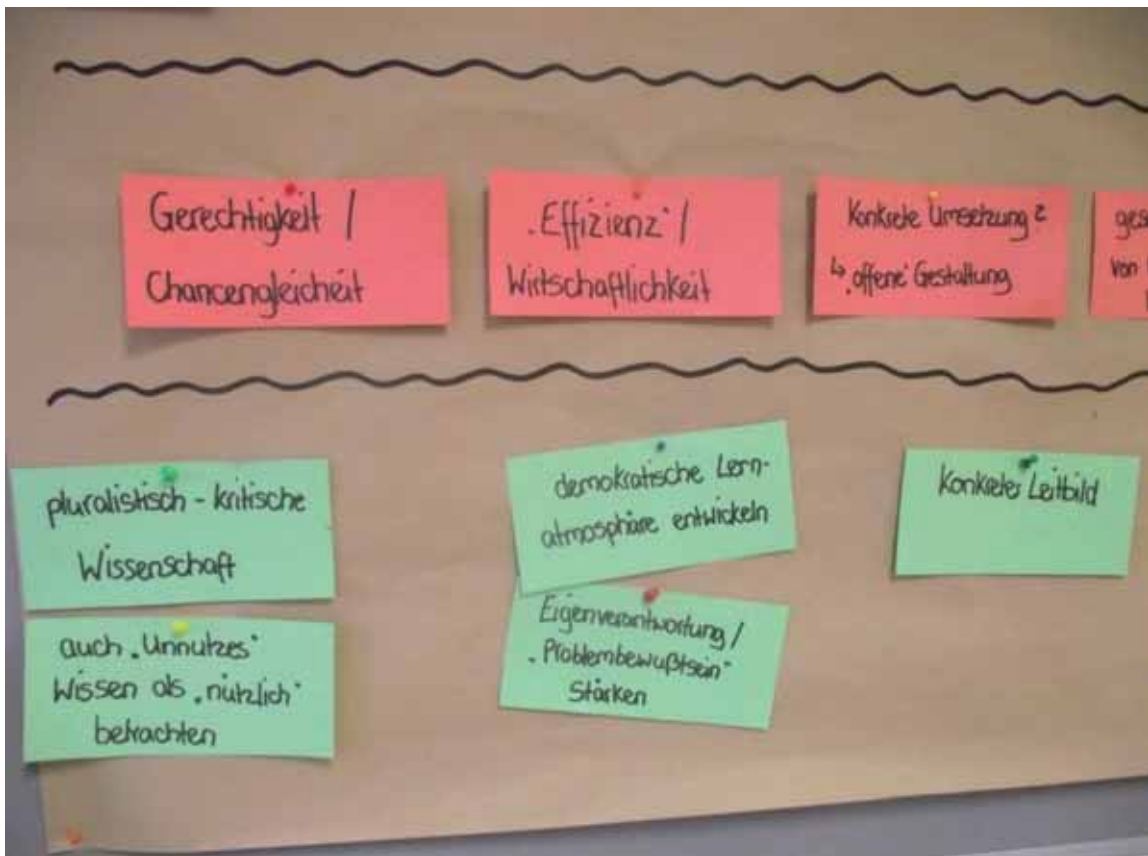




Pinnwände Workshop: Demokratie und Hochschule









Demokratiefisch



Im Laufe der Tagung entstand der sogenannte „Demokratiefisch“.